

„Wir stehen vor einem fundamentalen Umbau des Energiesystems“

Stand: 14:41 Uhr | Lesedauer: 5 Minuten



Von **Daniel Wetzel**
Wirtschaftsredakteur



Die Tage für die Kohle sind gezählt. Damit kommen große Aufgaben auf die Betreiber der Infrastruktur zu
Quelle: PA/ dpa

Raus aus der Atomenergie, raus aus der Kohle und rein in den Ökostrom: Die Energiewende stellt die Stromnetzbetreiber vor enorme Herausforderungen. Beim Netzausbau fühlen sie sich von der Politik alleine gelassen – und warnen vor den Folgen.

Können die Stromnetze im Westen Deutschlands einen schnellen Kohleausstieg bewältigen? Der politische Ausstieg muss immer technisch machbar sein, sagt der Geschäftsführer des Übertragungsnetzbetreibers Amprion (</themen/amprion/>), Hans-Jürgen Brick. Wie er, kritisiert auch Hildegard Müller, Vorstand Netz & Infrastruktur des Energieunternehmens Innogy (</themen/rwe/>), die innovationsfeindliche Regulierungspraxis der Bundesnetzagentur.

WELT: Frau Müller, zu Ihrem Verantwortungsbereich gehört der Verteilnetzbetreiber

Westnetz, der auch rund um das Rheinische Braunkohlerevier tätig ist. Können Sie die Versorgung mit Strom garantieren, wenn die Politik demnächst dort große Kohlekraftwerke abschalten lässt?

Hildegard Müller: Die vorgesehenen Abschaltungen müssen vom Gesamtsystem verkraftet werden. Dazu gehören nicht nur wir als Verteilnetzbetreiber vor Ort, sondern auch die vier großen Übertragungsnetze. Westnetz und Innogy arbeiten in zahlreichen Projekten traditionell sehr gut mit der überregionalen Amprion zusammen. Wir sind sehr froh über die vertrauensvolle Kooperation. Austausch und Abstimmungen gehören zum Tagesgeschäft, daran soll es nicht liegen. Entscheidend für die langfristige Versorgungssicherheit ist aber, dass politisch nicht disruptiv gearbeitet wird. Wir fordern seit Langem eine andere Herangehensweise der Politik und der Bundesnetzagentur an die neue Energiewelt. Der Mut von Verteilnetzbetreibern zu Innovationen muss belohnt werden. Nur leider sehen wir die nicht.

Hans-Jürgen Brick: Wir haben bereits im Netzentwicklungsplan aus dem Jahr 2017 eine Halbierung der Stromerzeugung aus Braun- und Steinkohle bis 2030 eingeplant. Es wäre bedauerlich, wenn die Kohlekommission jetzt unrealistische Gigawattzahlen Kraftwerkskapazität zur Stilllegung fordert und wir würden davon einen Teil für systemrelevant erklären müssen. Der Kohleausstiegsplan sollte nicht sofort Makulatur werden. Die Politik darf daher nicht den Blick auf die Zusammenhänge im Energiesystem verlieren.

WELT: Übertreiben Sie nicht? Die Energiewende läuft seit 18 Jahren, und die Stromversorgung ist dabei stets sicher geblieben.

Brick: Auch wenn es bislang noch nicht zu einer signifikanten Störung gekommen ist, heißt das noch lange nicht, dass der Netzbetrieb ein Selbstläufer ist. Zur Erinnerung: Das Umfeld ändert sich gleich dreifach. Neben dem beschlossenen Kernenergieausstieg bis 2022 tritt jetzt noch ein beschleunigter Kohleausstieg. Und dann soll laut Koalitionsvertrag der Anteil erneuerbarer Energien bis 2030 auf 65 Prozent ausgebaut werden. Wir stehen also vor einem fundamentalen Umbau des Energiesystems. Es sind die Netze, die das Gesamtsystem zusammenhalten. Wir sehen die Verteilnetzbetreiber wie die Westnetz auf diesem Weg als

natürlicher Partner. Um gemeinsam unserer Verantwortung gerecht zu werden, brauchen wir Innovationen. Doch die Politik und Regulierung lässt uns dafür nicht den nötigen Freiraum.

WELT: Warum lässt Sie die Regulierungsbehörde nicht innovativ sein?

Müller: Nach unserem Eindruck herrscht in der Bundesnetzagentur die Überzeugung vor, dass Netzausbau stets billiger ist, als auf Flexibilität und intelligentes Lastmanagement zu setzen. Wenn wir versuchen, in Innovationen und intelligente Netztechnik zu investieren, um für die Zukunft Kosten zu sparen, stoßen wir sehr oft auf hartnäckigen Widerstand der Regulierungsbehörde. Wer versucht, Stromnetze intelligent zu machen, statt Kupfer zu verbauen, der kämpft mit der Regulierung. Das kann ich nicht nachvollziehen.

Brick: Unser Ziel ist doch, den Bau neuer Stromtrassen auf das absolut Notwendige zu beschränken. Es kann ja nicht im Sinne des Verbrauchers sein, beliebig viele Leitungen durch Deutschland zu bauen. Das hat Grenzen. Das Kriterium muss sein, nur so viele Leitungen zu bauen, wie für die regionale Last wirklich notwendig ist. Ohne innovative Lösungen ist das nicht zu bewältigen. Die Regulierung muss den Systemumbau unterstützen und nicht mit einem Klein-Klein behindern. Da machen wir dieselben Erfahrungen wie die Kollegen aus dem Verteilnetz.

WELT: Über welche Innovationen reden wir denn?

Brick: Ein Anteil von 65 Prozent erneuerbarer Energien bis 2030 bedeutet: Wir brauchen signifikant mehr Kapazität an Energiespeichern. Und da kommt auf absehbare Zeit nur Power-to-Gas ([/wirtschaft/energie/article180184444/Gaskraftwerke-koennten-Braunkohle-vollstaendig-ersetzen.html](https://www.wirtschaft/energie/article180184444/Gaskraftwerke-koennten-Braunkohle-vollstaendig-ersetzen.html)) in Frage. Wenn wir Ökostrom in großem Stil dafür nutzen, in Elektrolyse-Anlagen Wasserstoff herzustellen, stabilisiert das nicht nur das System bei immer größeren Mengen stark schwankender Stromeinspeisung aus Wind- und Solarkraft. Der Wasserstoff lässt sich außerdem in das ohnehin weniger ausgelastete Erdgasnetz einspeisen. Das kann langfristig auch den Bedarf an neuen Stromtrassen, die über den Netzentwicklungsplan hinaus gehen, verringern. Solange Politik und Regulierer uns Netzbetreibern aber nicht den Rahmen geben, die für die Sektorenkopplung notwendige

Infrastruktur zu entwickeln und dem Markt zur Verfügung zu stellen, werden wir bei Power-to-Gas nicht die nötigen Fortschritte machen.

Müller: Power-to-Gas wird voraussichtlich schon auf der Verteilnetzebene einen wesentlichen Beitrag zur Netzstabilisierung und Kostensenkung bringen. Dafür haben wir auch im Bereich der Westnetz eine Pilotanlage errichtet. Doch ohne Änderung der Abgabenbelastung, wird die Anlagen nie wirtschaftlich laufen. Ich fordere ja nicht „all you can eat“. Aber ein Problem, das wir durch technische Innovationen im Verteilnetz lösen können, entlastet ja auch das übergeordnete Übertragungsnetz. Das gilt erst recht in der neuen Energiewelt, in der fast sämtliche erneuerbaren Energieanlagen ebenso wie sämtliche Elektroautos in den Verteilnetzen angeschlossen sein werden. Auch finanziell ist dies mit Blick auf das Gesamtsystem effizient.

WELT: Wenn Sie hier neue Ausnahmen von [EEG-Umlage \(/wirtschaft/article182143946/Strompreis-steigt-trotz-sinkender-EEG-Umlage.html\)](https://www.welt.de/wirtschaft/energie/article182143946/Strompreis-steigt-trotz-sinkender-EEG-Umlage.html) und Stromsteuer für die Elektrolyse fordern: Würde Brüssel das nicht als unzulässige Beihilfe untersagen?

Brick: Die Frage, wie der Markt konkret ausgestaltet sein soll, stellt sich aus meiner Sicht heute noch nicht. Das ist der zweite Schritt. Wir müssen erst einmal grundsätzlich das technische Know-how entwickeln, um Power-to-Gas in einem Maßstab einzusetzen, der dem Energiesystem hilft. Das sehe ich hier in Deutschland nicht. Es ist gerade die EU-Kommission, die in ihrem sogenannten Winterpaket die Voraussetzungen für die Wasserstoffproduktion verbessern will. Deutschland sollte, was Innovationen angeht, jetzt nicht hinter Europa herlaufen. Wenn wir schon nicht Schrittmacher sind, sollten wir zumindest Schritt halten.

Müller: Es geht nicht nur darum, dass die Bundesnetzagentur Investitionen in neue Netztechniken als Kostenposition anerkennt. Sie muss auch für angemessene Renditen sorgen. Sonst droht Gefahr, dass die Modernisierung des Stromnetzes nicht mit dem raschen Strukturwandel der gesamten Stromwirtschaft Schritt halten kann.

Lesen Sie alles Wichtige rund um Wirtschaft – im täglichen
Newsletter der WELT.

JETZT BESTELLEN

© Axel Springer SE. Alle Rechte vorbehalten.

Die WELT als ePaper: Die vollständige Ausgabe steht Ihnen bereits am Vorabend zur Verfügung – so sind Sie immer hochaktuell informiert. Weitere Informationen: <http://epaper.welt.de>

Der Kurz-Link dieses Artikels lautet: <https://www.welt.de/187563624>